



26.01.2006
KI/Gei

**An alle Mitglieder
der Fachvereinigung Güterkraftverkehr**

R u n d s c h r e i b e n N r . 3 / 2 0 0 6

Mautanrechnungsverfahren EU-Kommission lehnt Mautanrechnungsverfahren ab

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie den Medien entnommen haben werden, hat die EU-Kommission das deutsche Mautanrechnungsverfahren abgelehnt. Der BGL hat darauf sofort mit einer Pressemeldung reagiert, die wir nachfolgend abdrucken:

BGL. Frankfurt/M. - Mit ihrer Entscheidung, das deutsche Mautanrechnungsverfahren abzulehnen, hat die EU-Kommission ihren eigenen Prinzipien in der Verkehrspolitik und der neuen Wegekostenrichtlinie widersprochen. Nach wie vor fehlt den Eurokraten die Kraft, Verkehrspolitik aus einem Guss zu gestalten und für fairen Wettbewerb in Europa zu sorgen. Die Begründung der EU-Kommission für ihre Ablehnung, das in Deutschland geplante Mautanrechnungsverfahren diskriminiere gebietsfremde Transportunternehmen, ist abenteuerlich zu nennen. Schließlich hatte die Bundesregierung nichts anderes vorgelegt als das, was die EU-Kommission in ihren Weißbüchern zur Verkehrspolitik und in der jüngsten Wegekostenrichtlinie selbst vorschlägt: Die Einführung von Straßenbenutzungsgebühren soll die Steuerfinanzierung ersetzen; infolgedessen müssen die bisherigen zur Finanzierung herangezogenen Steuerquellen (Kfz- und Mineralölsteuer) in adäquater Weise zurückgeführt werden. Im Gegenzug zur Einführung von vollkostendeckenden Gebühren für die Benutzung deutscher Autobahnen sollte nach dem Vorschlag der Bundesregierung derjenige Teil der Mineralölsteuer angerechnet werden, der bisher zur Finanzierung der von schweren Nutzfahrzeugen verursachten Autobahnbau- und Instandhaltungskosten herangezogen wird. Da sowohl In- als auch Ausländer von der Anrechnungsmöglichkeit Gebrauch machen können, wenn diese in Deutschland tanken, ist ein diskriminierendes Verfahren nicht auszumachen.

Erstaunlich ist die Feststellung der Kommission, ausländische Unternehmen würden in Deutschland faktisch diskriminiert, weil sie auf Grund der hohen Steuerbelastung in Deutschland nicht tankten. Gerade an diesem Umstand trägt die EU-Kommission ein gerütteltes Maß an Mitschuld. Schließlich hat sie gemeinsam mit dem Ministerrat den EU-Beitrittsländern über viele Jahre das großzügige Un-

terschreiten der EU-Mindestbesteuerung für Dieselkraftstoff gestattet. Das gleiche gilt für westeuropäische Länder, die erst im Jahr 2012 die EU-Mindestbesteuerung einhalten müssen. Würden alle Länder die von der Kommission geforderte Mindestbesteuerung erreichen, gäbe es das Diskriminierungsargument aus Brüssel überhaupt nicht. Die Rechnung dieses politischen "Kuhhandels" soll jetzt das deutsche Gewerbe alleine zahlen.

Nach Ansicht von BGL-Präsident Hermann Grewer ist die Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit der Regierungskoalition gefordert. In der Koalitionsvereinbarung hatten sich CDU/CSU und SPD darauf verständigt, das Mautanrechnungsverfahren und die Herstellung von Wettbewerbsgleichheit bei der Wegekostenfinanzierung auf deutschen Autobahnen herzustellen. Der Klageweg wurde dafür ausdrücklich eingeschlossen. Die von Verkehrsminister Tiefensee am Montag in einer Pressekonferenz vorgestellten "Alternativen" zur Mautanrechnung sind bestenfalls Placebos oder ebenfalls nach dem gültigen Beihilferecht der Europäischen Union nicht umsetzbar. Die angekündigte Kfz-Steuersenkung kommt allen Nutzfahrzeughaltern zugute, auch denen, die mit Fahrzeugen kleiner als 12 t gar keine Maut bezahlen. Besonders grotesk stellt sich diese Form der "Gießkannen-Entlastung" am Beispiel der Wohnmobile dar, die ebenfalls begünstigt würden.

Als wohltuend und konsequent bezeichnet BGL-Präsident Hermann Grewer die eindeutige Erklärung der Verkehrspolitikern aus der CDU/CSU-Fraktion, den Klageweg zur Herstellung von Wettbewerbsgleichheit nicht auszuschließen. "Verlässlichkeit darf sich nicht nur auf dem Papier der Koalitionsvereinbarung wieder finden, sondern auch in der Praxis". Tausende mittelständische Transport- und Logistikunternehmen hoffen darauf, dass der neue Bundesminister für Verkehr anlässlich der vereinbarten Beratungen mit den Verbänden zur konsequenten Linie seines Amtsvorgängers zurückkehrt und Zusagen, nicht nur aus der Koalitionsvereinbarung, einhält.

Frankfurt am Main, den 25.01.2006

Leider kann sich Verkehrsminister Tiefensee mit seinen jüngsten Verlautbarungen in Bezug auf „Alternativen“ zur Mautanrechnung auf diesbezügliche Äußerungen des DSLV stützen, der entweder die Konsequenzen für das deutsche Transportgewerbe nicht erkennt oder billigend in Kauf nimmt. Es muss davon ausgegangen werden, dass dies unserer Position in den vereinbarten Beratungen mit Verkehrsminister Tiefensee nicht förderlich sein wird. Selbstverständlich halten wir Sie über den Fortgang der Angelegenheit auf dem Laufenden.

Mit freundlichen Grüßen

**Verband des Verkehrsgewerbes
Südbaden e. V.**

gez. Klug